

# Ergebnisprotokoll

## der 14. Sitzung des Inklusions-Fachbeirates im Rhein-Sieg-Kreis am 14.06.2023

**Teilnehmende:** siehe beigefügte Teilnehmerliste  
**Ergebnisprotokoll:** Marion Michaelis

### **TOP 1: Begrüßung und Vorstellungsrunde**

Herr Wingender begrüßte die Mitglieder des Inklusions-Fachbeirates, Frau Jung und Frau Barczewski vom Paritätischen im Rhein-Sieg-Kreis und die Vertreterinnen und Vertreter der Fraktionen im Kreistag. Anwesend waren Herr Matthias Schmitz (CDU), Herr Andreas Sonntag (CDU), Frau Katja Ruiters (SPD) und Herr Rudolf Wickel (FDP).

Es erfolgte eine kurze Vorstellungsrunde.

### **TOP 2: Protokoll vom 19.04.23**

Das Protokoll über die Sitzung vom 19.04.23 wurde ohne Änderungs- oder Ergänzungswünsche verabschiedet.

### **TOP 3: Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung (EUTB)**

Frau Jung und Frau Barczewski vom Paritätischen im Rhein-Sieg-Kreis informierten über die seit 2018 bestehende EUTB. Sie sei erste Anlaufstelle für Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen. Eine spezielle Fachberatung werde durch die EUTB nicht ersetzt, man verstehe sich eher als Lotsen bei allen für Menschen mit Behinderungen relevanten Fragen, z.B. welche Leistungen durch wen erbracht werden und welche Anträge gestellt werden müssten. Tätig seien vier Beraterinnen, zwei mit und zwei ohne Behinderung. Erfahrungen mit der eigenen Behinderung seien eine gute Voraussetzung für die Beratung von Betroffenen und Angehörigen.

Weitere Einzelheiten sind der Anlage 1 zu entnehmen, die den Teilnehmenden in der Sitzung als Tischvorlage zur Verfügung stand. Zudem wurde der Flyer der EUTB ausgehändigt.

Herr Kröder merkte an, dass es für Gehörlose schwierig sei, das Angebot der EUTB in Anspruch zu nehmen, da die Mitarbeitenden der EUTB nicht der Gebärdensprache mächtig seien. Dennoch bestehe dringender Bedarf an einer Lotsenfunktion auch für gehörlose Menschen. Die Beratung des Förderverbands für Gehörlose Rhein-Sieg e. V. werde teilweise sogar von Menschen aus Rheinland-Pfalz in Anspruch genommen, weil andernorts entsprechende Angebote fehlten.

Frau Zingsem gab an, sie halte eine unabhängige Beratung grundsätzlich für sinnvoll, dennoch stelle sich die Frage, ob durch die Anbindung an den Paritätischen nicht doch eine gewisse Abhängigkeit bestehe. Eine Kontaktaufnahme zur Hannelore-Kohl-Stiftung, die ebenfalls als EUTB-Beratungsstelle anerkannt sei, habe ergeben, dass diese nur Menschen berate, die auf Grund einer Schädel-Hirn-Verletzung behindert seien. Frau Barczewski und Frau Jung erklärten, bei der Vermittlung an andere Fachstellen habe man nicht nur die Mitglieder des Paritätischen im Blick. Eine gute Vernetzung in der Region sei Voraussetzung für die Vermittlung passgenauer Angebote.

Frau Trapphoff teilte mit, sie begrüße die Einführung der EUTB, da dies zu einer Entlastung der Leiterinnen und Leiter der Selbsthilfegruppen geführt habe. Es bestehe ein kontinuierlicher Austausch zwischen EUTB und Selbsthilfegruppen.

Frau Thiemann erläuterte, eine gute Beratung beinhalte auch, bei Bedarf auf andere, passgenauere Angebote zu verweisen.

Herr Wingender bedanke sich bei Frau Barczewski und Frau Jung für die ausführlichen Informationen.

#### **TOP 4: Erfahrungsaustausch mit Vertreterinnen und Vertretern der Kreistagsfraktionen**

Mit den politischen Vertreterinnen und Vertretern wurde die mit der Einladung übersandte Themenliste erörtert.

Herr Wingender informierte über das Treffen mit dem Vorsitzenden des Behindertenbeirats der Stadt Lohmar. Im Weiteren sei eine Arbeitsgruppe gebildet worden, die ein Treffen mit den Behindertenbeauftragten der Städte und

Gemeinden vorbereite. Frau Ruiters begrüßte diese Absicht; sie halte eine Vernetzung mit kommunalen Ansprechpersonen für sehr hilfreich.

Bezüglich der Beteiligung der Mitglieder des Inklusions-Fachbeirats an den Fachausschüssen teilte Herr Wingender mit, er erhalte zwischenzeitlich die Einladungen von allen Ausschüssen. Frau Zingsem ergänzte, dass sich das Verfahren inzwischen gut eingespielt habe und auch die Absprachen mit den jeweiligen Schriftführerinnen und Schriftführern hätten sich bewährt. Bedauerlich sei jedoch, dass viele Themen im Vorfeld der eigentlichen Sitzungen beraten und ausgearbeitet würden und in den Sitzungen selber nur noch zur Abstimmung besprochen würden, wie z. B. das touristische Leitbild im Ausschuss für Wirtschaft, Digitalisierung und Tourismus. Hier wünsche sie sich eine frühere Beteiligung des Inklusions-Fachbeirats, damit darauf hingewirkt werden könne, das Thema Barrierefreiheit von Anfang an mitzudenken und zu diskutieren. Dabei gehe es nicht darum, gesonderte touristische Angebote für Menschen mit Behinderung zu schaffen, sondern geplante und bestehende Angebote auf deren Zugänglichkeit und Nutzbarkeit für Menschen mit Behinderungen zu überprüfen.

Frau Thiemann wies darauf hin, dass auch bei den Planungen von Haltestellen im ÖPNV Barrierefreiheit von Anfang an berücksichtigt werden müsse. Bei der nachfolgenden Diskussion, an der sich Herr Wickel, Herr Wingender, Frau Ruiters und Herr Grünhage beteiligten, wurde erörtert, dass zwischenzeitlich schon viele Haltestellen – teils nach vorheriger Priorisierung nach Fahrgastaufkommen – barrierefrei seien. Herr Wingender bemerkte, dass bei der Kreisstadt Siegburg noch dringender Handlungsbedarf bestehe.

Herr Sonntag merkte an, es sei richtig, Barrierefreiheit und eine rechtzeitige Beteiligung von Betroffenen einzufordern. Er halte dies für einen langen, kontinuierlichen Prozess, bei dem die Politik gerne unterstütze. Vielleicht sei in ferner Zukunft ein Inklusions-Fachbeirat nicht mehr erforderlich, da Menschen mit Behinderung als Mitglied einer Kreistagsfraktion ihre Interessen vertreten könnten.

Bezüglich der Zufahrt zur Stadt Blankenberg informierte Herr Sonntag auf Nachfrage von Herrn Wingender, man habe das Thema interfraktionell und mit der Verwaltung besprochen. Aus Gründen der Hangabsicherung und der dadurch maximal möglichen Fahrbahnbreite seien die Möglichkeiten, die Zufahrt barrierefrei zu gestalten, begrenzt. Von einer offiziellen Anfrage habe seine Fraktion aufgrund der nachvollziehbaren Darlegungen daher abgesehen.

Frau Thiemann erläuterte, dass nicht alles sofort barrierefrei sein müsse. Oft seien Kleinigkeiten hilfreich wie z. B. Hinweise zur Situation vor Ort auf Flyern oder im Internet. Frau Zingsem forderte, dass bei der Erstellung von Studien oder

Konzepten für die Kreisverwaltung und die politischen Beratungen bereits bei der Vergabe an beteiligte Firmen das Thema Barrierefreiheit über die Leistungsbeschreibung von vornherein eine hohe Priorität haben müsse. Herr Wickel wies auf die Niederlande hin als gutes Beispiel für Barrierefreiheit im öffentlichen Raum. Die Bedarfe von Menschen mit Behinderung im Blick zu behalten sei allerdings nicht nur Aufgabe der Politik, sondern hier sei jeder gefragt. Frau Schliesing merkte an, dass sich zumeist nur dann etwas verändere, wenn entsprechende gesetzliche Grundlagen geschaffen seien. Bereits im Planungsprozess Barrierefreiheit zu berücksichtigen sei finanziell oft günstiger, als im Zuge einer Nachbesserung. Frau Ruiters erklärte, dass z. B. Barrierefreiheit in Neubauten gesetzlich geregelt sei. Die Bereitschaft zur barrierefreien Gestaltung sei in der Bevölkerung vorhanden aber oft würden nicht alle Bedarfe im Vorfeld erkannt.

Herr Wingender rief als nächstes Thema in Erinnerung, dass in einer der vorangegangenen Sitzungen des Inklusions-Fachbeirats mit Vertreterinnen und Vertretern der Kreistagfraktionen ein fraktionsübergreifender Antrag in Aussicht gestellt worden sei, dass alle neuen Broschüren des Kreises in Leichte Sprache übersetzt werden sollen. Ein solcher Antrag sei seines Wissens bisher nicht eingegangen. Frau Lübbert erläuterte, dass zwischenzeitlich einige Broschüren in Leichte Sprache übersetzt worden seien, dies aber immer vom Engagement der jeweiligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter abhängig sei. Zudem sei man im Gespräch mit dem Bereich Öffentlichkeitsarbeit, um Informationen in Leichter Sprache auf der Internetseite des Rhein-Sieg-Kreises aufzunehmen. In der nachfolgenden Diskussion, an der sich Frau Trapphoff, Herr Grünhage sowie Herr und Frau Wingender beteiligten wurde deutlich, dass nicht alle Informationen in Leichte Sprache übersetzt werden müssen, sondern auch hier Prioritäten gesetzt werden könnten. Auf Nachfrage von Herrn Sonntag wies Frau Schliesing auf die durch den Inklusions-Fachbeirat erarbeitete Themenliste hin, die, so Frau Lübbert, auch an den Bereich Öffentlichkeitsarbeit weitergeleitet worden sei. Herr Grünhage fand das Angebot von Herrn Sonntag, sich nach dem Umsetzungsstand zu erkundigen hilfreich. Herr Sonntag bat darum, eine Auflistung der Themen in das Protokoll aufzunehmen.

*Anmerkung:*

*Informationen zu folgenden Themen wurden von den Mitgliedern für eine priorisierte Übersetzung in Leichte Sprache und Gebärdensprache auf der Internetseite des Rhein-Sieg-Kreises vorgeschlagen:*

- Grundsicherung,
- Fahrdienst für Menschen mit Behinderung,
- Schwerbehinderung, Schwerbehindertenausweis,

- *Gesetzliche Betreuung,*
- *Schuleingangsuntersuchungen,*
- *Kindergärten und Schulen,*
- *Frauenhäuser.*

Sodann informierte Herr Kröder, dass der Rhein-Sieg-Kreis aktuell freiwillige Mittel zur Finanzierung der Beratung Gehörloser zur Verfügung stelle, obwohl gesetzlich der Landschaftsverband Rheinland (LVR) zuständig sei, dieser aber seiner Verpflichtung nicht nachkomme. Er habe die Bitte an die Vertreterinnen und Vertreter der Kreistagsfraktionen, im Rahmen ihres politischen Handelns Einfluss auf Mitglieder der Landschaftsversammlung zu nehmen, damit diese in den Gremien des LVR auf diesen unbefriedigenden Zustand aufmerksam machen könnten. Herr Sonntag wies darauf hin, dass der Einfluss der Politik auf das unterschiedliche Auslegen gesetzlicher Vorschriften gering sei. Ggf. sollte die Sachlage bei anderen Kommunen recherchiert werden. Möglicherweise sei auch eine Klage gegen den LVR zu erwägen. Herr Kröder gab an, dass die Stadt Bonn gemeinsam mit dem LVR eine gute Lösung gefunden habe. Herr Grünhage ergänzte, dass der LVR bei einer vergleichbaren Lösung im Rhein-Sieg-Kreis eher Zurückhaltung gezeigt habe. Bezüglich einer Klage seien immer auch Kosten und Nutzen abzuwägen. Herr Sonntag erklärte sich bereit, nach schriftlicher Schilderung der Situation durch die Verwaltung Kontakt zu politischen Vertreterinnen und Vertretern in der Landschaftsversammlung aufzunehmen.

Weiter fragte Herr Wingender im Rückblick auf die Sitzung mit den Vertreterinnen und den Vertretern der Kreistagsfraktionen im letzten Jahr nach der Entwicklung beim Ausweisen von Behindertenparkplätzen im Kreisgebiet und entsprechende Initiativen der Politik. Herr Schmitz informierte, dass in Lohmar vor dem Rathaus gute Bedingungen für das Parken von Personen mit Einschränkungen geschaffen worden seien. Frau Thiemann merkte an, dass Autos in den letzten Jahren immer breiter geworden seien, aber keine Anpassung der Parkplatzgrößen erfolgt sei. Möglicherweise sei es ausreichend, die Markierungen entsprechend zu ändern. Leider seien aber auch einige Behindertenparkplätze zu Gunsten von Radwegen weggefallen; die Überlegungen wegen einer Verkehrswende gingen daher teilweise zu Lasten von Menschen mit Behinderungen, die aufgrund der Beeinträchtigung nicht den ÖPNV oder das Rad nutzen könnten.

Abschließend fragte Frau Zingsem an, wie die Politik die Möglichkeiten sehe, den Mitgliedern des Inklusions-Fachbeirats eine Aufwandsentschädigung bei Teilnahme an Fachausschüssen zu zahlen. Es entstünden Kosten für Ausdrucke und die ehrenamtlich tätigen Mitglieder setzen Zeit ein, die nicht finanziell honoriert werde. Zudem müsse z.B. für die Erstattung der Fahrtkosten ein Antrag gestellt

werden. Mit einer Aufwandspauschale könnte auch der bürokratische Aufwand verringert werden. Herr Grünhage erläuterte, aktuell bestehe für die Teilnahme an den Sitzungen des Inklusions-Fachbeirats und des Ausschusses für Inklusion und Gesundheit die Möglichkeit der Fahrtkostenerstattung. Eine darüber hinaus gehende Aufwandsentschädigung sei laut aktueller Geschäftsordnung für den Inklusions-Fachbeirat nicht vorgesehen. Herr Sonntag bat, den Wunsch nach weiterer Aufwandsentschädigung zu konkretisieren. Ggf. könne auch eine Pauschale in Erwägung gezogen werden. Die Politik könne dies im Zusammenhang mit den Beratungen für den Haushalt 2025 mit bedenken. Herr Grünhage wies darauf hin, dass dies nur über den Weg einer Änderung der Geschäftsordnung möglich sei. Er sagte Überlegungen von Seiten der Verwaltung bezüglich der Gestaltung einer Aufwandsentschädigung zu.

#### **TOP 5:        Neuwahl Stellvertretender Vorsitz des Inklusions-Fachbeirats**

Für die Funktion der / des stellvertretenden Vorsitzenden stellte sich niemand zur Wahl. Das Thema wird in der nächsten Sitzung am 16.08.23 erneut auf die Tagesordnung genommen. Die Mitglieder des Inklusions-Fachbeirats sind nochmals gebeten, sich hinsichtlich der Übernahme des stellvertretenden Vorsitzes Gedanken zu machen.

#### **TOP 6:        Treffen mit den Behindertenbeauftragten der Städte und Gemeinden**

Herr Wingender erläuterte, zur Vorbereitung des Treffens mit den Behindertenbeauftragten der Städte und Gemeinden sei eine Arbeitsgruppe gebildet worden. Hier befinde man sich noch in der Terminfindung. Frau Trapphoff erklärte sich bereit, den beteiligten Mitgliedern Terminvorschläge zu unterbreiten.

#### **TOP 7:        Bericht aus den Fachausschüssen**

Frau Zingsem verwies auf ihre Erläuterungen zu TOP 4 (Ausschuss für Wirtschaft, Digitalisierung und Tourismus) wegen der mangelnden Einflussmöglichkeiten bei zu später Beteiligung des Inklusions-Fachbeirats.

Herr Schuppius berichtete vom Ausschuss für Planung und Verkehr und in diesem Zusammenhang über die Planung des Rad- und Fußgängerwegs zwischen Siegburg-Stallberg und Franzhäuschen, die inzwischen abgeschlossen sei. Eine Trennung zwischen Rad- und Fußweg sei nicht vorgesehen. Da das Landesstraßenbauamt zuständig sei, habe der Kreis keinen Einfluss auf die

Gestaltung des Weges, könne insbesondere die gewünschte Trennung nicht fordern.

Herr Wingender informierte, dass er in der letzten Sitzung des Ausschusses für Inklusion und Gesundheit an die heutige Sitzung des Inklusionsfachbeirats erinnert habe. Zudem sei beschlossen worden, dass der Paritätische für seine Arbeit im Bereich der Selbsthilfegruppen einen finanziellen Zuschuss erhalte.

## **TOP 8:        Verschiedenes und Aktuelles**

### Projekt „Assistenzhundefreundliche Kommune“

Frau Lübbert berichtete, zur Vorbereitung einer Pressekonferenz sei am 19.06.23 ein Termin mit der Pressesprecherin des Rhein-Sieg-Kreises vereinbart, an dem u. a. auch Frau Thiemann teilnehmen werde. Frau Thiemann ergänzte, sie stehe mit Frau Dr. Reuter vom Verein Pfortenpiloten in Kontakt. Der Verein könne die Pressekonferenz mit Postern, Banner und Flyern unterstützen.

### Verabschiedung Frau Trapphoff

Frau Trapphoff verabschiedete sich als Mitglied des Inklusions-Fachbeirats, da sie in den Ruhestand tritt. Sie teilte mit, ihre Stelle beim Paritätischen werde voraussichtlich im September 2023 neu besetzt. Der Paritätische werde dann zeitnah Kontakt zur Geschäftsstelle des Inklusions-Fachbeirats aufnehmen.